

Bericht von der Konferenz „Auf dem Weg in die Mitte? Rechtsextreme Strategien zur Gewinnung gesellschaftlicher Akzeptanz“ am 28.2.2006

Die Mitte der Gesellschaft: Hier werden Wahlen gewonnen – sagen die Demoskopien. Hier werden Milliarden verdient – sagen die Marktforscher. Hier liegt das Fundament von Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit und Solidargemeinschaft – sagen die Demokraten. Und genau dort wollen Rechtsextreme hin. Mit den Strategien der Rechtsextremen zum Vordringen in die Mitte der Gesellschaft beschäftigte sich die zweite Konferenz im Rahmen des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin am 28. Februar 2006 in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Auf verschiedene Weise versuchten rechtsextreme Gruppierungen, gesellschaftliche Akzeptanz zu erringen, berichtete Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal in seinem Impulsvortrag. So ist zu beobachten, wie man demokratische Mitsprachemöglichkeiten zur Verbreitung antidemokratischer Inhalte nutze, beispielsweise in öffentlichen Gemeinderatssitzungen. Rechtsextremisten inszenieren sich außerdem gern als bürgernah und lokaler Interessenvertreter in örtlichen Vereinen oder Bürgerinitiativen. Eine dritte Strategie ist schließlich die Aufnahme aktueller politischer Themen wie seinerzeit die sog. Hartz IV-Reform oder aktuell die aus dem sog. Karikaturenstreit entstandene Debatte zum Zusammenleben von Christen und Moslems.

Auf dem ersten Podium herrschte Einigkeit, dass die Agitation rechtsextremer Gruppen vor allem von der gegenwärtigen Schwäche in der Mitte der Gesellschaft begünstigt wird. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Zustimmung zu Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der Bevölkerung ebenso steigt wie die Kritik an der etablierten Politik und dem demokratischen System. An dieser Stelle müssten Gegenmaßnahmen ansetzen, etwa durch die Vermittlung demokratischer Werte und eine Kultur der Anerkennung, wie Heilgard Asmus von der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg forderte. Gerade Jugendliche müssten positive Partizipationserfahrungen machen, betonte Ringo Bischoff vom Bundesjugendsekretariat der Gewerkschaft ver.di. Vor allem in strukturschwachen Regionen müsse die Zivilgesellschaft gestärkt und funktionierende Netzwerke geschaffen werden, betonte der sächsische SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gunkel, damit Deprivationstendenzen aufgehalten würden, die Rechtsextremismus beförderten.

Im zweiten Panel stand die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Mittelpunkt. Landrätin Petra Köpping aus dem Leipziger Land machte anhand ihres Landkreises die Probleme der Kommunalpolitik im Umgang mit Rechtsextremismus deutlich und warb für mehr Unterstützung der Kommunen bei Maßnahmen für Entwicklung, Integration und Demokratieförderung. Inwieweit staatliches Handeln Zivilgesellschaft aufbauen könne, wurde kontrovers diskutiert. Dr. Heinz Lynen von Berg, Leiter der wissenschaftlichen Begleitforschung des CIVITAS-Programms der Bundesregierung warnte vor einer disbezüglichen Überforderung der Projekte. Erfahrungen beispielsweise im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick zeigten jedoch, dass Projekte gegen Rechtsextremismus eine wichtige Unterstützungsfunktion beim Aufbau eines breiten Bündnisses gegen Rechtsextremismus übernehmen und daher fortgeführt werden sollten.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus bedarf der Kontinuität und der Beteiligung vieler Akteure; darin waren sich die Podiumsgäste mit den rund 140 Konferenzteilnehmern einig. Um zu verhindern, dass Rechtsextremisten in der Mitte der Gesellschaft ankommen, ist zweierlei nötig: Neben der klaren Abwehr jeder Form des Rechtsextremismus ist die positive Vermittlung demokratischer Werte und das sichtbare Bemühen von Politik und gesellschaftlichen Institutionen um Integration und soziale Inklusion vonnöten.